pressen, das deutsche Proletariat der Zuchthausklaverei preiszugeben und die Arbeiterjugend militaristisch verseuchen.

Alle Arbeiter, alle Werktätigen müssen sich im Kampf gegen die Hitlerpartei, gegen den blutigen Faschismus zusammenfinden.

Niemals darf der Hitlerfaschismus in Deutschland die Regierungsmacht übernehmen!

Niemals dürfen die Terrorkolonnen der Nazis ihr Blutregime über das deutsche Proletariat errichten!

Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft die Millionen der klassenbewußten Arbeiter, der Werktätigen in Stadt und Land zur kämpfenden roten Einheitsfront der „Antifaschistischen Aktion"!

Keine parlamentarischen Tricks und Abstimmungen, kein Kuhhandel und Koalitionsschacher kann den Hitlerfaschismus abwehren und seine Platzhalter, die Junker, Scharfmacher und Generäle verjagen.

Nur der außerparlamentarische Massenkampf, die Streiks der Betriebsarbeiter, die Massenaktionen der Erwerbslosen, der Existenzkampf der armen Bauern und des städtischen Mittelstands, das feste Kampfbündnis der ausgebeuteten Angestellten und Beamten mit dem Proletariat, der Massenkampf der Armen gegen die Reichen, der politische Massenstreik!

Nur der Klassenkampf kann den Faschismus schlagen!

Jahrelang hat die Sozialdemokratie der deutschen Arbeiterklasse vorgelogen, ihre Brüningpolitik, ihre Braun-Severing-Politik sei das „kleinere Uebel", sei „Schutz vor dem Faschismus".

Heute sieht jeder Arbeiter, daß das Resultat dieser Politik der schrittweisen Faschisierung das heutige Junker- und Generalsregime der Papen-Regierung ist, die den Triumph des offenen Faschismus vorbereitet!

Jahrelang hat die Sozialdemokratie dem Brüning-Zentrum, der Partei der brutalen Notverordnungen und der finsteren Kulturreaktion, auf Schritt und Tritt Gefolgschaft geleistet. Niemals hätte das Zentrum seine arbeiterfeindliche, großkapitalistische Politik auf dem Rücken von Millionen christlicher Arbeiter betreiben können, wenn ihm nicht die Sozialdemokratie den Deckmantel dafür geliefert hätte.

Heute bereitet sich dieses Zentrum, aus dessen Reihen der Kanzler der reaktionären Regierung, Herr von Papen, stammt, unter dem Deckmantel der Scheinopposition als Wahlmanöver auf die offene Koalition mit den Nazis vor!

Noch vor wenigen Monaten predigte die Sozialdemokratie ihren Anhängern, Hindenburg sei der „Hort der Demokratie", der „Kandidat des Volkes".

Heute hat der SPD.-Kandidat Hindenburg die reaktionärste Regierung Deutschlands seit dem Sturz der Monarchie eingesetzt. Heute fordert er das Reichsbannerverbot, heute verbündet er sich mit Hitler gegen das arbeitende Volk!

Vor mehr als 13 Jahren fegte Wut und Empörung der deutschen Arbeiter, Bauern und Soldaten das monarchistische, wilhelminische Deutschland hinweg. Damals verkrochen sich die Junker und Generale. Damals versprach die Sozialdemokratie den Massen den „demokratischen Weg zum Sozialismus".

Die SPD.-Führer bewaffneten die monarchistischen Offiziere und entwaffneten das Proletariat.

Die SPD.-Führer schlugen die revolutionäre Bewegung blutig nieder und halfen der Bourgeoisie, ihre erschütterte Klassenherrschaft wieder zu festigen.

Die SPD.-Führer in der Preußenregierung wüteten mit Zeitungs-, Versammlungs-, Demonstrationsverboten, mit Polizeisozialismus und Reaktion gegen die Arbeiterklasse.

Heute regieren von neuem die Junker und Generale des wilhelminischen Systems. Das sind die Früchte von 13 Jahren Regierungstätigkeit der Sozialdemokratie. Das sind die Früchte der Verräterpolitik der SPD.-Führer!

Die Illusionen, die die Sozialdemokratie in den Massen künstlich nährte, zerbrechen vor den harten Tatsachen:

Die Politik der SPD. war kein „kleineres Uebel", sondern ständig steigender Verrat an der Arbeiterklasse!

Die SPD.-Politik hat dem reaktionären faschistischen Kurs der Bourgeoisie den Weg bereitet!

Die SPD.-Politik hat die Scharfmacher, Junker und Generale in den Sattel gehoben! Die SPD.-Politik will auch heute noch den Massenkampf der Arbeiter lähmen und zersetzen!

Die Kommunistische Partei ruft die sozialdemokratischen, die christlichen, die parteilosen Arbeiter zur „Antifaschistischen Aktion".

Klassengenossen! Ihr wollt den Faschismus schlagen! Laßt euch nicht von euren Führern länger aus der Klassenfront, der kämpfenden roten Einheitsfront fernhalten und in den Dienst des Klassenfeindes einspannen.

Die Kommunistische Partei ruft die Arbeiterinnen, die werktätigen Frauen in Stadt und Land, denen der Faschismus das Wahlrecht und alle sozialen Rechte rauben, die er in mittelalterliche Knechtschaft stürzen will!

Die Kommunistische Partei ruft die werktätige Jugend, der die Parteien der Bourgeoisie — von den Nazis bis zur SPD. — mit Zwangsarbeit und militaristischem Drill drohen!

Klassengenossen!

Schließt die Reihen für den außerparlamentarischen Massenkampf gegen den Faschismus, gegen Hunger, gegen imperialistischen Krieg! Organisiert den mächtigen roten Massenselbstschutz! Rüstet zum politischen Massenstreik!

Formiert die unüberwindlichen Bataillone der Millionenfront der „Antifaschistischen Aktion"!

Führt den Wahlkampf zu den bevorstehenden Reichstagswahlen im Zeichen des Massenkampfes, im Zeichen der roten Einheitsfront, im Zeichen der „Antifaschistischen Aktion"!

Schart euch um die Partei, die die einzige antifaschistische Führerin und die einzige antikapitalistische Partei, die einzige Partei der Millionen Erwerbslosen, die einzige Partei des wirklichen Kampfes gegen Versailles und Young, die einzige Partei des revolutionären Auswegs aus der Krise, die einzige Partei des Sozialismus ist!

Schart euch um die Kommunistische Partei Deutschlands!

Kämpft für die Vernichtung des faschistischen Mordterrors, für die vernichtende Niederlage des blutbefleckten Hitlerfaschismus durch die siegreiche „Antifaschistische Aktion"!

Kämpft für die Niederlage der sozialdemokratischen Verräterpolitik, der sozialdemokratischen Wegbereiter und Steigbügelhalter der faschistischen Reaktion!

Kämpft gegen Hunger- und Lohnabbau, gegen die Zerstückelung der Sozialversicherung, gegen Arbeitsdienstpflicht und Abbau der Erwerbslosenunterstützung, gegen den Gehaltsabbau bei Angestellten und Beamten, gegen die Wuchersteuern, für das Lebensrecht der armen Bauern und werktätigen Mittelständler!

Kämpft mit uns für eure Forderungen!

Kämpft gegen die Kriegshetzer, gegen die militaristischen Rüstungspolitiker, gegen die Verfechter eines neuen imperialistischen Massenmordens, für die Verteidigung der Sowjetunion!

Kämpft für die Beseitigung der Regierung der Industriekapitäne, der Junker und Generäle! Kämpft für die Arbeiter- und Bauernregierung!

Keine Stimme den Parteien der faschistischen Reaktion und ihren Handlangern! Keine Stimme den Nazis und Deutschnationalen, der Sozialdemokratie und dem Zentrum!

Alle Stimmen der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Partei des sozialen und nationalen Freiheitskampfes der deutschen Werktätigen!

Für die Armen, gegen die Reichen — alle Stimmen für die Reichstagsliste der KPD!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Oberlausitzer Pflichtarbeiter im Kampf

Die Wohlfahrtserwerbslosen von Oberseifersdorf verweigern in roter Einheitsfront jede Pflichtarbeit. Amtshauptmannschaft Zittau will Einführung mit Polizei erzwingen!

Die Wohlfahrtserwerbslosen der kleinen Gemeinde Oberseifersdorf bei Zittau verweigern seit jeher jede Pflichtarbeit. Die gesamte werktätige Einwohnerschaft der Gemeinde (mehr als 70 Prozent der Gesamteinwohner) steht hinter den Pflichtarbeitern. Jetzt versucht nun die Amtshauptmannschaft Zittau, die Leistung der Pflichtarbeit zu erzwingen. Bereits vor acht Tagen sollte den Wohlfahrtserwerbslosen die Unterstützung um ein Drittel bis zur Hälfte gekürzt werden, um sie mit dieser Maßnahme zur Arbeit zu zwingen. Die Wohlfahrtserwerbslosen haben diesen Angriff abgewehrt und die Auszahlung der vollen Unterstützungssätze erzwungen.

Beim letzten Auszahlungstag am Freitag war nunmehr ein Ueberfallkommando der Polizei aus Zittau erschienen, unter dessen Druck die Unterstützungskürzung durchgeführt wurde. Die Erwerbslosen verweigerten trotzdem jede Pflichtarbeit. Sie sind über das brutale Vorgehen der Amtshauptmannschaft aufs höchste empört und auch am Sonnabend hielt die Polizei das Dorf besetzt. Zusammenstöße konnten bisher nur durch die eiserne Disziplin der Arbeitslosen verhindert werden. Die Wohlfahrtserwerbslosen sind fest entschlossen, ihren Kampf siegreich bis zu Ende zu führen. Nach wie vor besteht absolute Einmütigkeit und die werktätige Bevölkerung steht geschlossen, unter Einschluß der Arbeitsbauern, hinter den kämpfenden Erwerbslosen.

Die Erregung über das Vorgehen der Amtshauptmannschaft geht bereits weit über die Grenzen Oberseifersdorfs hinaus. Die Arbeitslosen fast aller Orte der Amtshauptmannschaft organisieren Solidaritätsaktionen mit ihren Klassengenossen in Seifersdorf.

Die Bewegung der Wohlfahrtserwerbslosen in der Oberlausitz ist der Anfang der organisierten Antifaschistischen Aktion gegen Hunger und Elend. Die vom bankrotten Kapitalismus an den Rand des Abgrundes gebrachten ärmsten Schichten des Proletariats wehren sich gegen die täglich steigende Not, sie organisieren ihre Kraft und lösen außerparlamentarische Kampfhandlungen aus, um Arbeit und Brot zu erzwingen. Sozialdemokratische, parteilose und kommunistische Arbeiter, ja sogar [illegible] stehen in Oberseifersdorf in roter Einheitsfront im Kampf und geben der Arbeiterschaft Ostsachsens ein neues Beispiel, daß sie kämpfen kann und siegen wird, wenn sie gemeinsam unter den klaren Losungen der Kommunisten die Abwehr und den Angriff organisiert.

Partei- und Pressewerbung!

Bei dem am Sonnabend durchgeführten Generalappell der revolutionären Massenorganisationen Zittaus, an dem mehr als 300 Arbeiter und Arbeiterinnen teilgenommen haben, wurden

5 neue Leser für die „Arbeiterstimme"
2 Abonnenten für das „Illustrierte Volksecho"
3 Mitglieder für den KJVD
2 Mitglieder für die Kommunistische Partei
und 1 Mitglied für den Kampfbund gegen Faschismus
geworben.

Zum roten Wettbewerb meldet Dorfhain:
10 Aufnahmen für die Partei, darunter ein Landarbeiter und eine Frau.

Landtagsneuwahlen in Mecklenburg-Schwerin

Die Kommunisten im Vormarsch!

Bürgerliche Mitte von Nazis aufgerieben. SPD verliert 2, KPD gewinnt 1 Mandat

Gestern wurde in Mecklenburg-Schwerin zum Landtag gewählt, der seit 1929 im Amte war. Nach dem vorläufigen amtlichen Gesamtergebnis erhielten Stimmen:

KPD	26 850;	1929 16 451; 2. Wahlg. Präsidentenw.	23 304
SPD	107 668;	1929 120 570; 2. Wahlg. Präsidentenw.	—
Nazis	173 884;	1929 12 721; 2. Wahlg. Präsidentenw.	178 076

Die Deutschnationale Volkspartei erhielt 32 683 Stimmen und die Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger, in der sich die Volkspartei, Wirtschaftspartei und Christlich-sozialer Volksdienst vereinigten, schrumpfte auf 7443 Stimmen zusammen, während sie bei der letzten Reichstagswahl noch 48 412 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Staatsparteiler und Mieter ging von 16 423 auf 7567 Stimmen zurück. Die Deutschnationalen verloren gegenüber dem ersten Wahlgang bei den Präsidentenwahlen knappe 16 000 Stimmen.

Nach dem Wahlergebnis verteilen sich die Mandate im neuen Landtag wie folgt: KPD 4 (3), SPD 18 (20), Nazis 29 (2), Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger 1 (23!), Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 1 (2), Deutschnationale 5.

Nach diesem Ergebnis stehen 29 Naziabgeordneten 29 aller übrigen Parteien zusammen gegenüber. Sie werden also aller Wahrscheinlichkeit nach genau wie in Oldenburg eine Naziregierung bilden, die von den Deutschnationalen toleriert wird. Die bürgerliche Mitte ist von den Nazis völlig aufgerieben worden, denn sie verfügt nur noch über 2 Mandate, gegenüber 25 im alten Landtag.

Das Ergebnis von Mecklenburg zeigt dieselben Tendenzen wie die Länderwahlen in den letzten Wochen und Monaten. Die Nationalsozialisten haben weitere Gewinne aufzuweisen, doch haben sie die Stimmenzahl des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl (178 076) nicht erreicht. Die Kommunistische Partei hat sich trotz des ungeheuren Terrors und trotz aller Verbote (bis wenige Tage vor der Wahl war die Parteizeitung in Mecklenburg verboten) behauptet. Besonders bemerkenswert ist, daß die Partei in den größeren Städten Mecklenburgs wie Rostock und Schwerin, im Verhältnis zur Reichstagswahl an Stimmen gewonnen hat. Dagegen wirkte sich der Terror auf dem flachen Lande stärker gegen die KPD aus.

Organisiert und durchgeführt war dieser Terror von den SA- und SS-Banden der Nazis, die gleich in anderen Teilen des Reiches den gesamten Wahlkampf mit skrupelloser Demagogie und mit brutalstem Terror bestritten.

Dem Umstand, daß wir trotz allerschärfsten Wahlterrors unsere Politik der roten Einheitsfront noch nicht genügend vorwärtsgetrieben haben, ist es zuzuschreiben, daß wir die von der SPD abgewanderten Arbeiterstimmen noch nicht restlos zu uns holen konnten. Die SAP, jene „linke" Filiale des Sozialfaschismus, hat 917 Arbeiterstimmen aufgefangen, die sie durch ihren scheinradikalen Kampf noch vor dem Abwandern ins Lager des Kommunismus aufhalten konnte.

Kirchenaustritte in Freital

Am Mittwoch, dem 1. Juni, traten in Freital 6 Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Kirche aus. Seit dem Verbot des Verbandes proletarischer Freidenker sind bis jetzt 50 Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Kirche ausgetreten, unter anderem im Stadtteil Freital-Döhlen eine achtköpfige Familie.

Erwerbslose beschließen Massenaustritt aus der Kirche

Eine am Donnerstag in Kötzschenbroda stattgefundene Erwerbslosenversammlung nahm einstimmig folgende Protestentschließung an:

„Die heute am 2. Juni versammelten Erwerbslosen von Kötzschenbroda protestieren aufs schärfste gegen das Verbot der proletarischen Freidenker und fordern, daß dasselbe sofort wieder außer Kraft gesetzt wird.

Die gesamten Erwerbslosen erblicken in dem Verbot eine aus der Kirche diese Maßnahmen der Volksverdummung bezw. Knebelung der Geistesfreiheit und werden mit Massenaustritten werten."